

Agnes Alpers, MdB

Soziale Mieten in Findorff sichern

Vor kurzem sind 370 Mietparteien der Brebau in Findorff die Mieten bis zu 20 Prozent erhöht worden. Die Findorffer Mieterinnen und Mieter sind empört. Sie bewohnen die Wohnungen, zum Beispiel in der Kasseler und Halberstädter Straße, oft schon seit Jahrzehnten und haben immer ihre Mieten bezahlt. Heute fragen sie sich, wie sie die Erhöhungen zahlen können und warum diese Mieterhöhungen bei dem oft mangelnden Zustand der Wohnungen durchgeführt wurden.

Sind die Mieterhöhungen gerecht?

Rechtlich gesehen sind Mieterhöhungen bis zu 20 Prozent innerhalb von 3 Jahren möglich.

Dennoch stellen sich folgende Fragen:

Sind Mieterhöhungen sozial gerecht, wenn Mieterinnen und Mieter kaum oder keine Steigerungen bei Löhnen, Gehältern und Renten haben? Mieten und Nebenkosten steigen, immer mehr Menschen werden so ihre Mieten bald nicht mehr zahlen können.

Für viele Mieterinnen und Mieter der Brebau in Findorff stellt sich insbesondere die Frage, warum solche Mieterhöhungen stattfinden können, obwohl der Zustand der Wohnungen oft sehr kritikwürdig ist: Jahrzehntlang wurde teilweise nicht modernisiert, immer noch gibt es Fenster, durch die der Wind pfeift oder die Farbe des Lacks blättert beim Fensterputzen ab, obwohl sie vor drei Jahren gestrichen wurden. Da fragt sich so manche Mieterin, so mancher Mieter, ob die Brebau nicht die eine oder den anderen loswerden möchte, in Zeiten eines hohen Bedarfs an Wohnungen und der guten Lage in Findorff am Bürgerpark. So könnten Wohnungen luxusmodernisiert und anschließend sehr teuer vermietet werden.

Bezahlbare Mieten in Findorff erhalten – oder Profite der Brebau ausbauen?

Der angespannte Wohnungsmarkt in Bremen führt dazu, dass Wohnungsbesitzer ihre Chance nutzen, mehr Profite aus ihren Wohnungen ziehen zu können.

Als LINKE sagen wir hier ganz klar:

- Mieten müssen bezahlbar bleiben. Niemand soll mehr als 30% seines Einkommens für die Miete (Warmmiete) aufbringen müssen.
- Die Nettokaltmiete darf in bestehenden Mietverhältnissen nur in Höhe der Inflationsrate angehoben werden.
- Modernisierungen müssen sozial verträglich und ökologisch sein.
- Für Mieterinnen und Mieter muss ein umfänglicher Kündigungsschutz gesichert sein.

Rechtlich darf die Brebau 20% Mieterhöhungen innerhalb von 3 Jahren aussprechen. Weiterhin argumentiert die Brebau, dass sie seit 1989 kein gemeinnütziges Wohnungsbauunternehmen mehr sei. In Findorff werden von den 460 Wohnungen nur 6 Dachgeschosswohnungen öffentlich

gefördert und die Mieten der Brebauwohnungen seien im Gegensatz zu anderen freien Wohnungen in Findorff relativ günstig. So kommt man schnell zu dem Argument, dass die Wirtschaftlichkeit der Brebau erhalten bleiben müsse, um den Wohnungsbestand zu retten.

Hier muss jedoch ganz deutlich gesagt werden: Die Brebau hat im Jahr 2011 5,6 Millionen Euro Gewinn gemacht! Die Not, die Mieten erhöhen zu müssen, ist bei so einem Gewinn aus Mieten nicht gegeben. – Die Mieterhöhungen in Findorff zerstören nur den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil.

Außerdem ist hervorzuheben, dass einige ehemalige Staatsräte der SPD im Aufsichtsrat der Brebau sitzen, ebenso ist der Geschäftsführer der Brebau ein ehemaliger Baustaatsrat der SPD. Als SPD-Mitglieder sollten sie sozial, gerecht und im Sinne der Mieterinnen und Mieter zu handeln.

Als Bremer und Findorffer Bundestagsabgeordnete fordere ich:

- Sozialen Zusammenhalt in Findorff stärken: Die Mieterhöhungen der Brebau müssen zurückgenommen werden.
- Viele Mieterinnen und Mieter wohnen zum Teil schon seit Jahrzehnten in den Brebau-Wohnungen in der Kasseler und Halberstädter Straße: Keine Mieterin und kein Mieter darf durch Mieterhöhungen aus seiner Wohnung gedrängt werden.
- Soziale Strukturen in Findorff nicht zerstören: Deshalb fordere sowohl die Staatsräte a.D., Herrn Bluhm (SPD) und Herrn Kniemeyer (SPD) als Aufsichtsratsmitglieder der Brebau als auch den Geschäftsführer der Brebau, Herrn Baustaatsrat a.D. Lühge auf, sich dafür einzusetzen, dass die Mieterhöhungen zurückgenommen werden.
- Brebau-Mieterinnen und –Mieter sind auch Kunden der Sparkasse: Aus diesem Grunde fordere ich die Aufsichtsratsmitglieder der Sparkasse auf, sich ebenfalls für die Rücknahme der Mieterhöhungen auszusprechen.
- Mieterinnen und Mieter schützen: Staatliche Förderung nur bei sozial verträglichen Mieten: Sollten Mieterinnen und Mieter der Brebau aufgrund von Mieterhöhungen gezwungen sein, ihre Wohnungen zu verlassen, so wird der Senat dafür Sorge tragen, dass die Brebau keine staatliche Förderungen mehr erhalten wird.
- Außerdem fordere ich den Senat auf, Mieterhöhungen durch das Mietrechtsänderungsgesetz für Bremen per Rechtsverordnung auf 15% festzulegen, da ansonsten auch weiterhin die 20-Prozent-Klausel wirksam sein würde.

Ihre

Agnes Alpers, 24.2.2013